

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

24 (29.1.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abholt 1.40 M., durch unsere Träger zugestellt 2.10 M., am Postämter 2.15 M. durch den Postboten zugestellt 2.30 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Dienstag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spaltige No. 1-Zeile oder deren Raum 50 S., Neblamen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2-1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Herabsetzung der Ausmahlungsquote — vorläufig keine Kürzung der Brottration.

Wie die „B. P. N.“ von zuständiger Stelle erfahren, ist nunmehr beschlossen worden, ab Februar die Ausmahlungsquote von 84 auf 80 Prozent herabzusetzen. Im übrigen ist, um die Ablieferung von Getreide zu verbessern, eine großzügige Druschaktion in Aussicht genommen worden. Wenn wir auch zurzeit noch mit Getreide so versorgt sind, daß große Schwierigkeiten für die nächste Zeit nicht zu befürchten sind, so besteht doch der berechtigete Wunsch, einen größeren Vorrat anzuhäufeln, der eine größere Bewegungsfreiheit gestattet. Um die Druschaktion durchzuführen, sollen den beteiligten Kleinrentnern größere Mengen Kohlen zur Verfügung gestellt werden. Die zuständigen Stellen sind der Hoffnung, daß die Anlieferung sich dann besser gestalten wird. Ein kleines Ansteigen der Lieferung kann schon jetzt festgestellt werden, so daß zurzeit eine Entschärfung, die Brottration zu verkürzen, noch nicht gefast worden ist und auch in nächster Zeit nicht gefast werden wird. Die zuständigen Stellen wollen erst das Ergebnis der Druschaktion abwarten, um dann ihre Beschlüsse zu fassen.

Neue Prämien für Produzenten.

In einer kommissarischen Besprechung im Reichswirtschaftsministerium wurde beschlossen, für den Anbau von Sommererbsen, Sommererbsen, Mohr, Leinbrot und Senf eine Flächenzulage zu gewähren. Sie soll 200 M. je Hektar betragen und kommt zur Auszahlung, wenn bei Sommererbsen und Mohr eine Mindestmenge von je 300 Kilo und bei Leinbrot und Senf eine solche von 400 Kilo für den Hektar erzielt wird. Bei Mehrerträgen soll bei Sommererbsen und Mohr außer dem gesetzlichen Besatzpreis 68 M. für 100 Kilo und bei Leinbrot und Senf 50 M. für 100 Kilo zur Auszahlung gelangen, ohne daß die Flächenzulage, auf den Durchschnitt der Anbaufläche berechnet, mehr als 400 M. je Hektar betragen darf.

Wir halten diese Prämienwirtschaft für äußerst bedenklich, sie führt schließlich zur vollendeten Korruption in der Produktion.

Das internationale Arbeitsamt.

Paris, 28. Januar. In der gestrigen zweiten Sitzung des Verwaltungsrats des internationalen Arbeitsamtes wurde zunächst das Protokoll über die Verhandlungen in Washington genehmigt. Der Rat behandelte alsdann die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um den in Washington vor der Ratifizierung des Vertrages von Versailles angenommenen Resolutionen Folge zu geben. Mehrere Delegierte, darunter Vertreter der Arbeitgeber von Frankreich und Belgien, betonten, daß die Kompetenz der Parliamente erhalten bleiben müsse. Der französische Arbeitervertreter Jouhaux antwortete, daß nach Ansicht der Arbeiter das internationale Arbeitsamt als eine Art wirtschaftliches Parlament höheren Grades angesehen werden müsse, dessen Beschlüsse kurzerhand von den Staaten ratifiziert werden müßten. Es wurde schließlich beschlossen, dem Völkerbund die Aufgabe zu überlassen, die Entschärfungen der Konvention nach dem Friedensvertrag von Versailles zur Anwendung bringen zu lassen. Hierauf wurde Albert Thomas einstimmig zum Direktor des Arbeitsamtes ernannt. Thomas setzte alsdann einen Plan über die Organisation des Büros auseinander. Der Verwaltungsrat entschied, den Organisationsplan und das provisorische Budget einer Kommission zu überweisen, die zusammengesetzt ist aus einem Regierungsvertreter, einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Bevor die Spezialkommission und die Budgetkommission sich einigig, warf Jouhaux die Frage auf, wer die Kosten für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeberdelegationen beim Verwaltungsrat tragen solle. Die Regierung oder das internationale Arbeitsamt. Der englische Regierungsvertreter vertrat den Standpunkt Jouhaux', daß die Arbeitgeber und Arbeitnehmerdelegationen nicht nur ihre eigenen Länder, sondern auch die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer der nicht vertretenen Länder vertreten. Auch der Italiener Pirrelli schloß sich dem Standpunkte Jouhaux' an.

Ansichtlose Generalfreiheit im Ruhrrevier.

Unterirdische Presse des Ruhrgebietes sind der Ansicht, daß von kommunistischer und radikaler Seite versucht werden wird, die Arbeiter unter der Parole der 6 Stundenarbeit in einen Generalfreistrit hineinzuführen. Der Erfolg dürfte zum mindesten sehr zweifelhaft sein, da zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Bergbaus in bezug auf die Lohnhöhe eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt worden ist. Es werden den Bergarbeitern Lohnveränderungen von durchschnittlich 3 M. pro Schicht Extrazulage und eine Erhöhung des Gehaltes auf eine Mark.

Untersuchung von Verbrechen gegen fremde Kriegsgefangene.

Berlin, 28. Jan. Die Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völlerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland wird am Mittwoch, 4. Februar, eine öffentliche Sitzung der 2. Spruchkammer im Reichsmilitärgericht Charlottenburg abhalten. Gegenstand der Sitzung wird sein:

1. Untersuchung der Erschießung des englischen Kriegsgefangenen Debbourough auf Arbeitskommando Witten, Gefangenenlager Minden;
2. Untersuchung der Erschießung des französischen Kriegsgefangenen Le Roux vom Gefangenenlager Witten;
3. Untersuchung der Erschießung des irischen Kriegsgefangenen Patrick Moran vom Gefangenenlager Limburg.

Starkes Angebot von Freiwilligen für die Eisenbahnwerkstätten.

W.D. Berlin, 28. Jan. Nach Schließung der Eisenbahnwerkstätten haben sich dem Eisenbahnministerium von verschiede-

nen Seiten Arbeitsgemeinschaften nach dem Muster der von Hauptmann Schmade gegründeten angeboten, um die Arbeit in den geschlossenen Werkstätten zu übernehmen. Den Arbeitsgemeinschaften stehen sachverständige Führer, unter ihnen Angehörige der früheren technischen und Eisenbahntruppen und geeignete Arbeitskräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung. Das Eisenbahnministerium ist diesen Angeboten einstweilen noch nicht näher getreten.

Preisfestsetzung für die nächste Ernte.

Berlin, 28. Jan. In der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde ein Antrag Friedberg (Dem.) angenommen, nachdem für solche landwirtschaftlichen Erzeugnisse, für die die Zwangswirtschaft aufrechterhalten wird, schon jetzt Preise für die nächste Ernte festgesetzt werden sollen in solcher Höhe, daß sie der Gefahr eines Rückganges der Erzeugung entgegenwirken und daß den Landwirten für den ausgedehnten Kartoffelbau hinreichende Saattariefesteln überlassen werden.

Enorme Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 28. Jan. Durch die gewaltige Verteuerung aller Materialien und durch die Erhöhung der Löhne und die Erhöhung der Gehälter in der bevorstehenden Beamtenbesoldungsreform sehen sich die Eisenbahnverwaltungen veranlaßt, eine neue beträchtliche Erhöhung der Güter- und Personentarife einzuführen. Die Beratungen sind soweit gediehen, daß diese Erhöhung am ersten März d. J. eintreten wird. Wenn in einer Zeitungsnotiz davon gesprochen wird, daß die Erhöhung mehr als 50 Prozent betragen dürfte, so ist das nach der Meinung der „Frankfurter Zeitung“ viel zu niedrig gegriffen. Da allein durch den neuabgeschlossenen Tarifvertrag eine Mehrausgabe von 1 1/2 Milliarden für Arbeitgeberlöhne entsteht, so ergibt sich daraus, daß eine 50prozentige Erhöhung bei weitem nicht genügen würde. Wir möchten annehmen, daß die Steigerung näher an hundert als an 50 Prozent liegt.

Maßregelungen von Arbeitern in der Landwirtschaft.

Berlin, 28. Jan. Der „Vorwärts“ sagt, daß in der Landwirtschaft Maßregelungen der Landarbeiter vorgenommen werden. Was jetzt in der Landwirtschaft vorgehe, wo den Arbeitern die Kündigung durch Kreditinstitute und Gerichtsvollzieher ins Haus geschickt würden, sei unerhörlich. Arbeiter würden entlassen, die mehrere Jahre lang auf einer Stelle tätig gewesen seien. In es lämen Kündigungsfälle vor, wo man von Jahrzehntelanger Tätigkeit der betreffenden Arbeiter reden könnte. Der Vorhänger des deutschen Landarbeitersbundes Schmidt schreibt im „Vorwärts“, den Landwirtschaftsarbeitern solle ihre Rechte werden. Dasselbe gelte aber auch für die Landarbeiter.

Die Entente, Holland und die Auslieferungfrage.

W.D. Amsterdam, 28. Jan. „Duitsch Eych“ meldet, daß der nächste Schritt der Allierten gegenüber den Niederlanden von größter Bedeutung sein werde. Die niederländische Regierung werde nämlich befragt werden, ob sie im Hinblick auf die abnehmende Antwort bereit sei, zu gewährleisten, daß sie den vormaligen Kaiser in den Niederlanden festhalten und ihn dauernd internieren will, um zu verhindern, daß er nach Deutschland kommen solle, wenn die Lage in Deutschland sich so entwickeln sollte, daß sie dem Kaiser Anlaß gebe, von neuem sein Glück zu versuchen.

Nationalwahlen in Ungarn.

Budapest, 28. Jan. Die am Sonntag und Montag stattgehabten Wahlen zur Nationalversammlung sind im ganzen Lande ruhig verlaufen. Bis gestern Abend lagen folgende Wahlergebnisse vor: 47 Christlich Nationale, 37 Kandidaten der Partei der Reinen Landwirte, 4 Demokraten und 2 Parteiloze. Schwach vertreten waren noch: 2 einen Budapestener Wahlkreis siegte der Kriegsminister Friedländer über den ehemaligen Ministerpräsidenten Wekerle. Von 22 Budapestener Mandaten entfielen 15 auf die Christlich Nationalen und 4 auf die Demokraten. In drei Bezirken findet Stichwahl statt.

Die Unabhängigen und der französische Militarismus.

Aus Wiesbaden wird den „B. P. N.“ geschrieben: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Wiesbadens hatte für den 20. Januar eine Versammlung einberufen, in der zu den Berliner Vorgängen vom 13. Januar Stellung genommen werden sollte. Die Versammlung wurde verboten; die Parteileitung setzte sich daraufhin mit der französischen Behörde in Verbindung, welche die Genehmigung zu einer neuen Parteiversammlung „gegen die deutsche Morderegierung“ sofort erteilte. Die Unabhängige Sozialdemokratische Parteileitung richtete dann an die gesamte Presse Wiesbadens ein Schreiben, in dem sie „auf Befehl der französischen Behörde“ um die Aufnahme einer durchsichtigen Darstellung des Sachverhalts ersuchte, aus der jedenfalls so viel hervorgeht, daß die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sich nicht scheut hat, die Hilfe der französischen Behörde für ihre parteipolitischen Zwecke und gegen die zuständigen deutschen Behörden in Anspruch zu nehmen.

Dieser Fall ist ein neuer Beweis, wie eng im besetzten Gebiet das Verhältnis ist zwischen den Unabhängigen und dem französischen Militarismus, dessen Geschäfte diese Radikalen in der vorzüglichsten Weise bejagen.

Trochys Arbeitsarmee.

Nach Moskauer Junkspruch hat Trochys durch Armeebefehl die dritte Rote Armee aufgelöst und sie zur „ersten revolutionären Arbeitsarmee“ ernannt, die lediglich kulturellen Zwecken dienen wird. Sie soll die Zurichtung von Lebensmitteln und Futter im Inlande, deren Verfrachtung die Holzversorgung, die Wiederherstellung landwirtschaftlicher Maschinen und landwirtschaftliche Arbeiten bejagen.

Das neue Reichstagswahlrecht mit dem automatischen Proporz.

Von Dr. Dieß (Karlsruhe).

Die Badische vorläufige Volksregierung und die Badische verfassunggebende Nationalversammlung können für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie für die Entzählung unseres Reichstagswahlrechtes vorbildliches geleistet haben, als sie aus dem sozialdemokratischen Vorentwurf für eine neue Badische Verfassung das dort in § 28 vorgeschlagene automatische Proportionalwahlverfahren in den Regierungsentwurf (§ 24) und von da in die Verfassung selber (§ 25) übernahmen. Der jetzt in der Presse von dem Reichsministerium des Innern veröffentlichte und der Reichstagswahlgesetz, hat dieses badische automatische System übernommen und zwar in der Form, daß nach § 26 des Entwurfes jede Partei oder Wählergruppe auf je 60 000 für ihren Wahlbezirk abgegebenen gültigen Stimmen ein Mandat erhält, und daß die in den einzelnen Wahlkreisen sich ergebenden Bestimmungen unter 60 000 („Spitzen“) zusammengezählt werden, und weiter für je 60 000 Stimmen ein Mandat gewährt.

Für die praktische Durchführung des Verfahrens legt die Regierung drei Möglichkeiten als Entwurf A, B und C zur Auswahl vor:

Nach dem Entwurf A § 7 sollen die Wahlkreise so bemessen werden, daß auf sie in der Regel 6 Abgeordnete entfallen, welche in der Listenwahl zu wählen sind, und es sollen nach §§ 15 und 27 die in den einzelnen Wahlkreisen verbleibenden Spitzen durch das ganze Reich zusammengezählt und auf einen von der betreffenden Partei eingereichten „Reichswahlvorschlag“ verteilt werden.

Nach dem Entwurf B sollen die Wahlkreise so verkleinert werden, daß in ihnen regelmäßig nur 4 Abgeordnete in der Listenwahl zu wählen sind, aber mehrere derartige örtlich zusammenhängende Wahlkreise zu einem „Wahlverband“ (z. B. Land oder Provinz) zusammengefaßt und die in den einzelnen Wahlkreisen sich ergebenden Spitzen zunächst auf die für derartige Wahlverbände einzureichenden „Verbandsvorschläge“ verteilt werden, und erst die dann noch verbleibenden Bestimmungen dem Reichswahlvorschlag zugeführt werden.

Nach dem Entwurf C §§ 7 und 29 sollen ebenfalls die Wahlkreise in der Regel nur 4 Abgeordnete erhalten, und es sollen mindestens 3 derartige Wahlkreise zu einem Verbandswahlkreis zusammengefaßt werden, es soll aber den Parteien überlassen bleiben, ob sie Wahlkreis- oder Verbandswahlkreisevorschläge einreichen wollen, um auch denjenigen Gruppen, welche in dem einen oder anderen Wahlkreis voraussichtlich nicht mindestens 60 000 Stimmen auf ihren Wahlvorschlag erhalten werden, es zu ermöglichen, sich mit Wählergruppen oder Parteien eines benachbarten Wahlkreises zu verbinden und einen gemeinschaftlichen Wahlvorschlag als Verbandswahlvorschlag einzureichen.

Alle drei Vorschläge der Regierung haben ihre Vorteile und ihre Nachteile.

Ein zweifellos Vorteil ist die Verkleinerung der Wahlkreise gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung, wodurch die aufzustellenden Listen kleiner und die Möglichkeiten eines engeren Zusammenhanges zwischen Kandidat und Wählererschaft gegeben werden.

Umgekehrt ist die Schaffung eines Reichswahlvorschlags für das ganze Reich — mit oder ohne Einschlebung von „Verbandswahlvorschlägen“ — ein Befehlsmittel, welches zwar die Spitzen bis auf den letzten Rest ausnimmt, aber keinerlei Gewähr dafür bietet, daß die auf dem Reichswahlvorschlag stehenden Kandidaten tatsächlich auch gewählt werden, da unter Umständen in den einzelnen Wahlkreisen die Stimmenzahl mehr oder weniger vollständig aufgehen kann und Bestimmungen nicht in nennenswertem Maße übrig bleiben. Es kann aber auch das Gegenteil stattfinden, jedoch die praktische Bedeutung des Reichswahlvorschlags von vornherein ganz ungewiß ist, was sowohl für die Auswahl der Kandidaten als für ihre sachliche Betätigung höchst unerwünscht wäre.

Ein radikales Heilmittel gegen diese Nachteile bietet ein Zurückgehen auf den ursprünglichen badischen sozialdemokratischen Vorentwurf § 28 und den badischen Regierungsentwurf § 24, welche beide ein Durchgehen der Stimmen durch das ganze Land und die Aufstellung von Einzelkandidaturen ermöglichten, und welches wir hiermit als Gegenvorschlag D empfehlen:

1. In jedem Wahlkreis wird von jeder Partei oder Wählergruppe nur ein Kandidat aufgestellt. Mehrfache Aufstellung desselben Kandidaten in verschiedenen Kreisen ist zulässig.
2. Die auf die Einzelkandidaten entfallenden Stimmen jeder Partei oder Wählergruppe werden durch das ganze Reich zusammengezählt und jeder Partei oder Wählergruppe erhält für je 60 000 gültige Stimmen je einen Abgeordneten.
3. Als gewählt gelten der Reihenfolge nach diejenigen Abgeordneten der betreffenden Partei, welche auf ihren Namen in einem Wahlkreis oder mehreren Wahlkreisen zusammen die meisten Stimmen erhalten haben.

Mit diesem Vorschlag D, welcher das automatische System am ursprünglichsten zum Ausdruck bringt, sind alle Schwierigkeiten restlos beseitigt.

Die allenthalben als mißlich empfundene Listenwahl wird wieder durch die Einzelkandidatur ersetzt, welche es jeder Partei ermöglicht, in jedem Wahlkreis die für diesen besonders geeignete Persönlichkeit aufzustellen; es wird aber auch großen und

keinen Parteien ermöglicht, dieselbe zugünstige Berücksichtigung auch noch in anderen Kreisen aufzusuchen, um die letzten Stimmen herauszuholen; es fallen für alle Parteien alle Spitzen bis auf je eine weg, bezüglich deren erst, wie in Baden vorzugehen, bei bestimmter Höhe (75 Proz.?) noch ein Mandat gewährt werden könnte, und es erscheinen in jeder Partei die Kandidaten ohne weiteres als gewählt in der Reihenfolge, wie sie Wahlergebnisse auf ihren Namen erhalten haben. Alle Verrechnung und Uebertragung auf Reichswahlvorschläge wird überflüssig.

In der badischen Verfassung § 25 ist dieses reine automatische System, wie es der ursprüngliche sozialdemokratische Entwurf § 28 vorgesehen hatte, nicht zur Durchführung gelangt, weil die Regierung an dem Listensystem glaubte festhalten zu müssen und die verfassungsgebende Versammlung daraufhin ihrerseits, um die Listen nicht zu groß werden zu lassen, die Verlegung des Landes in „mindestens 4 Wahlkreise“ beschloß. Aber man dagegen vom Listensystem zu dem „einnamigen“ System, der Einzelkandidatur, zurück, so entfallen alle Schwierigkeiten, und es ermöglicht das automatische System die denkbar einfachste und gerechteste Lösung. Sogar für die „Auslandsdeutschen“, welche die Regierung nach §§ 34-37 des Entwurfes A ein Wahlrecht eingeräumt will — eine Frage, die wohl noch näherer Erörterung im Reichstag bedarf — würde jene Lösung die einfachste sein, da sie jedem berechtigten Kandidaten im Reich ihre Stimme zuwenden oder auch irgendwo eigene Kandidaten aufstellen könnte.

Wir glauben daher auf Grund unserer langjährigen eingehenden Beschäftigung mit der Frage des Proportionalwahlrechtes und speziell der automatischen Lösung dieser Frage der Reichsregierung und unseren Reichstagsabgeordneten unseren Gegenvorschlag D mit gutem Gewissen zur Berücksichtigung empfehlen zu können.

In einem vom sozialdemokratischen Pressebureau verfaßten Artikel zu den neuen Wahlforderungen wird im Anschluß an die Erörterung des neuen Reichstagswahlrechtes gesagt:

„Was die Wahl des Reichspräsidenten“

anbetrifft, so ist der Vorentwurf gemäß der Verfassung bei der Wahl des Reichspräsidenten durch alle Reichsangehörigen geblieben. Die Frage, ob der Reichspräsident durch absolute oder relative Stimmenmehrheit gewählt werden soll, ist in einem Kompromiß gelöst. Im ersten Wahlgang entscheidet die absolute Mehrheit. Hat jedoch kein Bewerber die absolute Mehrheit erreicht, so findet eine Stichwahl, wie bei früheren Reichstagswahlen statt, sondern im zweiten Wahlgang gilt als gewählt, wer die meisten Stimmen hat, auch wenn er nicht die absolute Mehrheit erreicht. Es können sogar im zweiten Wahlgang Bewerber gewählt werden, die im ersten Wahlgang gar nicht kandidiert haben. Damit soll ein sich persönlich aufhebender Wahlkampf zwischen zwei Kandidaten vermieden werden. Im ersten Wahlgang können die Parteien ihre Stärke messen, es bleibt ihnen dann überlassen, sich nach dem Ausfall in vernünftiger Weise über die Person des Kandidaten zu einigen.

Wichtig ist die Bestimmung, daß die Wahl des Reichspräsidenten mit einer Reichstagswahl oder einer allgemeinen Volksabstimmung verbunden werden kann. Bei den kommenden Wahlen dürfte von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht werden, sobald der neue Reichspräsident und der neue Reichstag an demselben Tage gewählt werden. Den Wählern werden auf diese Weise fortwährende Gänge zur Wahlurne erspart, den Parteien die Agitation vereinfacht.

Auf jeden Fall zeigen die Entwürfe des Verfassers, ein wirkliches demokratisches Wahlrecht zu schaffen. Ein absolut fehlerfreies System gibt es nicht. Es kann sich nur darum handeln, die Fehler, die jedem einzelnen System anhaften, auf ein Minimum zu beschränken.

Politische Uebersicht.

Zwangsanleihe oder Notendruckerei?

Die Banken, Sparkassen und Börsen schwimmen im Geld, die Hamsterer auf dem Lande wie in der Stadt füllen damit die Wälschörbe, aber das Reich muß mangels Geld Noten drucken. Das ist doch ein ganz verrückter Zustand! Gewiß werden die neuen Reichsteuern mit diesem Ueberfluß gehörig aufräumen, aber bis sie

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

In dieser Stunde sitzen die Menschen beim Weihnachtsessen, zähneklappend wie die Gunde, die einen Bratenknochen bewachen. Der Friede will sich nicht über sie herabsetzen, denn er kommt von innen, aus unsern eigenen Herzen — wir aber grübeln alle über unrechtmäßiges Gut nach, das die Gemüter beunruhigt. Es geht uns wie den leichtsinnigen Reuten die über ihre Verhältnisse leben und mitten in der Weihnachtsfreude an die Neujahrsrechnungen denken müssen.

Uns fehlt das Neufund, die Liebe, auf der sich der Friede aufbaut. Wohl gibt es Liebe unter den Menschen, das weiß ich; aber sie tarzt im Finstern. Es fehlt uns ein Weihnachtsstern, der aufleuchtet, damit sich die Begriffe klären!

Menschen rasen gegeneinander aus bösem Instinkt, aus tierischer Furcht, aus Angst vor der Armut. Der Mensch ist wie ein Wolf, sagt ein altes Wort. Wir erwarten von einander nichts anderes als einen Biß in den Nacken. Der Hungernde glaubt nicht, daß es so viel Liebe auf der Welt gebe, um ihn zu sättigen, der unschuldige Leidende glaubt nicht an so viel Gerechtigkeit, daß man ihn retten werde.

„Ja“, sagte Christen festerlich, „Anderen glaubt daran, deshalb ist Anderen auch einer der großen Männer unserer Zeit, eines jener unbekannteren Genies des Herzens, denen die Zukunft gehört. Anderen lacht nichts, als was ihm zukommt. Wir ändern sind Raubtiere — er aber hat den großen Schritt in der Entwicklung getan und ist Pflanzgenosse geworden.“

Unter den Raubtieren gibt es niemals Frieden: und es wird ein paar tausend Jahre darnen, ehe wir alle Pflanzgenosse werden.

Die große Masse ist faul! Sie, die beständig nach Freiheit und Fortschritt schreit, muß in Wirklichkeit mit Geheln vorwärts gepeitscht werden; sie ist ein häßliches Tier,

wirksam werden, wird noch lange Zeit vergehen! Darum sollte bald auf andern Wege zugegriffen werden. Zu dieser Frage äußert sich auch die „Völkische Zeitung“ in einem Sinne, der mit unserer Stellung übereinstimmt:

„Nach dem mißglückten Experiment der Spar-Prämienanleihe ist einseitig die Aufnahme einer freiwilligen Anleihe zur Unmöglichkeit geworden. Damit taucht die Frage auf, ob nicht schließlich doch noch an die Aufnahme einer Zwangsanleihe herangegangen werden müßte. Der richtige Zeitpunkt für diese dürfte freilich schon verstrichen sein; am besten wäre sie in Kombination mit dem Reichsdarlehen zu erhalten gewesen. Immerhin ist sie auch heute noch möglich, und nicht zum wenigsten die Ausbreitungen, die gegenwärtig auf unserm Aktienmarkt zu beobachten sind, zeigen dazu, das anziehend im Ueberfluß vorhandene Kapital zum Ansehen unserer Reichsfinanzen und unserer Saluta heranzuziehen. Die Aufnahme einer solchen Zwangsanleihe wäre ungefähr so zu denken, daß man jedem Kapitalisten von einer bestimmten Vermögensstufe an aufwärts die Verpflichtung auferlegt, ein Drittel oder ein Viertel seines Vermögens in Zwangsanleihe abzulegen, von welchem Betrage aber das, was er an Kriegsanleihe besitzt, abgezogen wäre. Es käme dabei sicherlich eine ganz beträchtliche Anzahl von Millionen heraus, ohne daß man das in Unternehmen arbeitende Kapital bedenklich zu schmälern bräuhete.“

Noch etwas anderes müßte ins Auge gefaßt werden, die „Anleihe“ der im Auslande umlaufenden Beträge von Marknoten nämlich. Es handelt sich da um ungefähr 18 Milliarden Mark. Von diesen sind bereits 6 Milliarden durch das bekannte Abkommen mit Belgien festgelegt; in der Schweiz strebt die „Verwertungstelle für ausländische Währungen“ ähnliches an, und man will wissen, daß es ihr bereits gelungen sei, 2 Milliarden Mark zu binden. Es kann nicht schmer sein, in Anlehnung an diese Vorgänge das gleiche in den anderen neutralen Ländern durchzuführen. Etwas beratig müßte sogar gesehen, weil ohne eine allgemeine internationale Regelung die ohne weiteres verständliche Gefahr besteht, daß die Marknoten von dem einen neutralen Lande, wo sie besonders gedrückt sind, nach dem andern, wo man sich ihrer Stützung annimmt, fliehen werden. Dadurch würde eine Ordnung zur Unmöglichkeit.“

Die Notendruckmaschinen müssen baldigst, ja sofort, abgestellt werden, denn die durch sie ständig vergrößerte künstliche Kaufkraft schafft die Voraussetzung für die ständig weiter steigenden Preise und das fortgesetzte Sinken unseres Marktkurses im Ausland. Heraus mit den privaten Milliardenangelegenheiten für das Reich, dann wird den wüsten Spekulationstrieben an den Börsen halt geboten sein. Das Volk hat das gute Recht, von der Regierung zu fordern, daß in der Richtung der Gesundung unserer Wirtschaft endlich Positives geschieht, sonst muß es den Glauben an einen Wiederaufbau vollends verlieren. Es ist unerträglich, auf der einen Seite bitterste Not, auf der andern Seite weite Kreise in abstoßendem Luxus und Vergewendung leben zu sehen. Einstellung der Notendruckerei, dafür Zwangsanleihe, viel schärfer sofortige Erstattung aller Kapitalrenten, Buchführungskontrolle über alle Zirkulationen zur Ermittlung der Käufer seitens der Verkäufer, vereinfachte und verbilligte Verwaltung in Staat und Kommune, dann wird sich auch eine gesteigerte Arbeitsleistung und Produktivität ergeben. Es muß unsere Aufgabe sein, das privatwirtschaftliche in volkswirtschaftliches Kapital umzuwandeln, möglich ist die Kapitalisten zur eigenen Tauschung auch noch so sehr in die eigene Falle zu locken.

Das Gemitterbrüllen ist deutlich hörbar, mögen die Verantwortlichen handeln, ehe es zu spät ist!

Vom Völkerbund.

Dr. Karnap, 27. Jan. Funkpruch. Was aus London gemeldet wird, beginnt der Völkerbund heute seine praktische Arbeit. Zum ersten Male werden deutsche Delegierte an den Beratungen teilnehmen. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes, der im Rahmen des Völkerbundes geschaffen worden ist, wird zusammengetreten, um die formalen Arbeiten, die sich aus der ersten Konferenz in Washington ergeben haben, zu behandeln und zu erwägen, womit den Beschlüssen, die bezüglich des Achtstundentages, der Nachtarbeit von Frauen und Kindern in den Fabriken der Arbeitslosigkeit, des Schamerinnenchutzes und der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gefaßt worden sind, praktische Gestalt gegeben werden soll. Der Verwaltungsrat steht unter dem Vorsitz des früheren französischen Pensionsministers und sozialistischen Führers Albert Thomas und setzt sich zusammen aus Vertretern der Regierungen von Groß-Britannien, Frankreich, Belgien, Italien, Kanada, Spanien, der Schweiz, Dänemark, Argentinien,

Japan, Polen und Deutschland. Er umfaßt ferner Vertreter der Arbeitgeber von Groß-Britannien, Frankreich, Italien, Belgien, der Tschecho-Slowakei und der Schweiz und Arbeiterdelegierte von Frankreich, Holland, Groß-Britannien, Schweden, Kanada und Deutschland.

Badische Politik.

Studentenantifemismus in Karlsruhe.

Um gleichwertig neben ihren Universitätskollegen dazustehen, treiben auch die Studenten der Technischen Hochschule in Karlsruhe in immer stärkerem Maße in den heute üblichen Offiziersantifemismus hinein, der ja nicht wunder nimmt, da bekannt ist, daß die Besucher unserer Hochschule sich zu großen Teilen aus jenen jungen Herren und Büchsenen rekrutieren, die draußen im Felde den alten Mannschaften das Leben sauer machen. Mit einem großen Zug bemühen sich nun diese jungen Herren, sich gleich ganz in den Besitz der Technischen Hochschule zu bringen — die zwar von den Beiträgen aller Steuerzahler ihre Kosten bestreitet —, indem sie das Verbot der Aufnahme für die Studentenschaft rekrutieren. Als nämlich als Nachfolger von Geheimrat Wunte Direktor Dr. Max Mayer (Berlin) berufen wurde, hat der Studentenausschuß der Technischen Hochschule, wie wir schon berichteten, in Karlsruhe an diesen ein Schreiben gerichtet, das im Inhalt, daß er in Karlsruhe als Jude unerwünscht sei und daß falls er der Berufung dennoch Folge leiste, er die Konsequenzen werde tragen müssen. Dr. Mayer hat diesen Brief dem Rektor überreicht, der vom Studentenausschuß dann verlangte, daß er den Brief zurücknehme, da er einen unerlaubten Eingriff in das Verfassungsrecht darstelle und gegen die gute studentische Sitte verstoße. In einer Studentenversammlung, in der Rektor und Regierung die Folgen der Verheerung der Studentenschaft in entsprechender Materie ausloten mußten, ohne daß man den Rektor nur zuließ, wurde nun beschlossen, den Brief nicht zurückzunehmen, da er die Ueberzeugung der Studentenschaft zum Ausdruck bräuhete, was durch eine namentliche Abstimmung der Studenten außerdem noch festgestellt werden soll.

Wir meinen, daß der Senat der Technischen Hochschule in Karlsruhe alle Ursache hat, sofort mit finanziellen Mitteln gegen die Mädelführer dieser Treiberei vorzugehen, während es Aufgabe des Unterrichtsministeriums ist, in gerader Weise die Berufung des Herrn Dr. Mayer nach Karlsruhe durchzuführen. Aufgabe unserer Landtagsfraktion jedoch ist es, diese Dinge vor dem Landtage zur Sprache zu bringen und bei dieser Gelegenheit Maßnahmen zu verlangen, die ein für allemal derartige Dinge unmöglich machen, indem man die Selbstverwaltung der Hochschulen und Universitäten auf innere Angelegenheiten beschränkt, Berufsfragen usw. jedoch den Staatsbehörden überläßt, wie in allen anderen Staatsorganisationen. Die zunehmende Anarchie der Studierenden Jugend unter fürstlicher Obhut deutschnationaler Federhöfen dürfte gerade durch die Vorgänge der letzten Tage auch in den anderen Parteien Freunde für diese Forderung gewonnen haben.

Zur Veranschaulichung der Staatseisenbahnen. Wie der Mannheimer „Völkische Zeitung“ aus Berlin telegraphiert wird, soll bei der künftigen Gestaltung des Verkehrswesens die Zahl der Klassen im Personenverkehr auf drei herabgesetzt werden und zwar soll nur noch eine „Koffer“ (erste) und eine „Golfklasse“ (zweite) gefahrt werden. Die Tarife für Personen-, Güter- und Güterverkehr werden vereinfacht. Die Uebernahme der Bahnen der einzelnen Länder aufs Reich erfolgt nach dem Anlagelapital. Der Bereich der zu bildenden Eisenbahn-Verwaltungsbetriebe soll sich hinsichtlich der bisherigen Eisenbahnverwaltungsbezirke anlehnen, im Süden also an die einzelnen Staatsbahnbezirke. Am Bodensee wird eine Schiffahrtsstelle geschaffen, der die Verwaltung der bisherigen badischen, württembergischen und bayerischen Bodenseebahnverwaltungen unterstellt wird. Eine erhebliche Erhöhung der Tarife um 100 Proz. ist bereits in Kürze auf allen deutschen Staatsbahnen erfolgen.

Beschlagnahme der Rheinfleete. In einer jüngst veröffentlichten Mitteilung der bad. Arbeitsgemeinschaft für Textilindustrie war u. a. bemerkt worden, daß nach dem jetzt unterzeichneten Friedensvertrag unsere Feinde auch die gesamte Rheinfleete beschlagnahmen hätten. Eine amtliche Presseerklärung darauf hin, daß das nicht den Tatsachen entspricht und eine solche Beschlagnahme nicht stattgefunden hat.

das größte Glück ererbe: der, dessen Licht zuerst ausbrenne, werde es sein.

Sie sahen mühsenstill wie Kinder und warteten, bis Christus sein Licht in großen Tropfen zu rinnen anfing und nur noch den nackten Dacht zurückließ, der sich wie ein roter, feuriger Wurm krümmte und dann ausging.

„Wo wurde Christen der Glücklichste?“

„An meiner Jugend hieß es, der, dessen Licht zuerst ausbrenne, werde noch vor Neujahr“, sagte Lars Larsen. Die seltsame Stille, die darauf entstand, beriet ihm, daß er etwas Dürftiges gesagt habe, und darum fügte er schlenkig hinzu, daß das natürlich nur ein Aberglauben sei.

„Woh weih“, entgegnete Christensen. „Vielleicht ist gerade der Tod das größte Glück.“

„So etwas müssen Sie nicht sagen“, erwiderte der Spielmann. „Ich fürchte mich entsetzlich vor dem Sterben.“

„Der Tod ist das Geschicksgeheimnis des lieben Gottes“, sagte Christensen. „Wir haben gerade so wenig Grund, ihn zu fürchten, wie wir uns als unartige Kinder vor dem Schornsteinfeger zu fürchten brauchen. Ich glaube, der Tod ist eine Art Dessert, eine angenehme Ueberladung, die uns Gott nach der großen Alltagsloft bereitet.“

„Jetzt fehlt nur noch ein Weihnachtslied“, rief Larsen. „Ach, holen Sie doch Ihre Violine, Rederlen!“

Bereitswillig stieg dieser in sein Zimmer hinauf, und sie hörten ihn droben das Instrument klingen. Dann kam er herab, stellte sich neben die Tür, machte einen Kraxfuß wie auf den Höfen und begann:

„Geh an dem grünen Baumessigspieß erstrahlt der Weihnachtsplatz —“

Alle stimmten ein. Sogar Christensen brumnte mit seinem eingerosteten Bass die Melodie, und als sie an die Worte kamen: „Leg deine Hand still in die meine! tastete Andersien nach Larsens Hand.“

So sahen sie die ganze Zeit, bis der Gesang zu Ende war.

(Fortsetzung folgt.)

In unfer... anich la... gelagt, da... infame Sch... Zusammen... Pressefeste... Jahr und... beger mit... geführt wor... den Schiffe... Preile in... derraenge...

So schri... 6. Januar... Mas der... Demagoge... für den Kr... bemächtigt... Ja la n a s... gefaßt, da... brenne, die... seien.

Die „T... zum Erzber... Herr Erzber... lungstelle a... zwei Reibw...

Der „S... über die ober... Erzberger e... Geschäften... gart gelang...

sein Wert v... u besetzen...

Der „L... Der Kabin... immer läu... als Gefaßt... werden der... vor, da schü... ist, als wol... stript vor d...

Die „T... über den P... wanken die... Fortschri... dort hin... mir erörter... Leute nicht...

Eine... neuen Ei... hohe Anfra... ten, die fo... am altsalt... glaubt die... für abgelie... für zur F... damit der... 2. Welche G... plan für d... Regierung... und daß d... er besonde... halb ein B... Neubau... in diesen... ministerium... von Lehm... des Geschä... ger in den... jenen Wege... mo es an d... Dachstuhl... behal in... in der Wa... Monomisch...

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die bl... gerichtet war... landgedichte... lungsinstant... Aretzen un... mit 204 Med... Billprozes... lungsbefehl... ren anhäng... er durch 202... teilung 58... schäftsaufl... 17 Fällen a... verbleibt.

Die reaktionäre Hege gegen Erzberger.

In unserer Vorfahrung des reaktionären Mordeanschlags auf den Minister Erzberger haben wir gesehen, daß uns diese Tat nicht überredet, weil wir die infame Hege gegen den Minister verfolgt haben. In einer Zusammenstellung der Regierung auf die Hege hin, die seit Jahr und Tag von den Blättern der Rechten gegen Erzberger mit den Mitteln der wüstenstesten Agitation geführt worden ist. Die Kundgebung betont, daß die beiden Schüsse des Attentäters nur das Echo hebräischer Pressestimmen darstellen, von denen hier einige wiedergegeben werden sollen.

So schrieb die „Deutsche Zeitung“ vor kurzem, am 8. Januar, anlässlich seiner Stuttgarter Rede über Erzberger: „Aus der Hand der von ihm mißleiteten Massen empfängt der Demagoge seine Strafe. Es macht ganz den Eindruck, als ob für den Krug Erzbergers das „So ganz in Ordnung“ demnachst ausgegangen ein wird. Der Krug geht nur solange zum Brunnen, bis er bricht.“ Weiter wird gesagt, daß auf der Stirn Erzbergers der Mafel der Leute brenne, die dem Heere mit dem Dolche in den Rücken gefallen seien.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt am 20. Januar zum Erzberger-Prozess: „Der Inzident, aber nicht Inzident Herr Erzberger, der auf einem Umwege an die Verhandlungsstelle gekommen ist, hat das auch nur in Begleitung von zwei Zeitwächtern gewagt.“

Der „Sannoversche Kurier“ schreibt am 8. Januar über die oben erwähnte Stuttgarter Rede: „Wahrscheinlich, weil Erzberger es nicht wagen darf, sich in Berlin und anderen Großstädten des Nordens öffentlich zu zeigen, ist er nach Stuttgart gegangen, um dort fern vom Schusse sein Werk von dem Abdruck, der auf ihn geschäftigen Vorwürfe zu betreiben.“

Der „Sollanziger“ schreibt zum Hefflinger-Prozess: „Der Inhalt des verhafteten Gagners tröstet ihn (Hefflinger) zu immer härteren Worten und als er Erzberger den Vorwurf ins Gesicht geschleudert, daß er die Propaganda in einer Weise getrieben habe, daß er nicht der deutsche Anti-Northcliffe, sondern der beste Werbete des englischen Propagandaministers war, da schüttelt er die Hand gegen ihn, daß es fast den Anschein hat, als wolle er ihm das in seinen Händen befindliche Manuskript vor die Nase werfen.“

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt in einem Bericht über den Prozess: „Die Krawallen des großen Mannes bestanden die Schwelle des Gerichtshauses von draußen. Hat der Vorlesende wirklich weiße gehandelt, als er sie dort hinwarf? Zwei Stimmen im Publikum hinter mich ertönen den Fall. „Standart“, flüstert die eine, „haben die Leute nichts anderes zu tun, als mit Erzberger spazieren zu gehen? Heberall wird eingeschoben und gestohlen, die Polizei hat keine Zeit und keine Beamte, sich darum zu kümmern, aber zu so etwas ist Zeit und sind Beamte da!“

Die „Tägliche Rundschau“ berichtet mit ähnlicher Meinung über den Fall Erzberger und die Hege: „Die reaktionäre Presse wiederzugeben. Ihre Zahl ließe sich wohl vermehren. Systematisch und absichtlich ist von der im deutsch-nationalen Jahresschrift fühlenden Presse des industriellen Schwabens, der Großstädter und von der in reaktionären Kreisen geleiteten Presse zu einem Mordeanschlag auf Erzberger angereizt worden. Das gleiche Brehgelächter wie auch den Mörder Eisners, den Grafen Arco, gerade als patriotischen Felden verberichtet. Und leider hat sich das bayerische Staatsministerium durch das Treiben der Reaktionäre derart beeinflussen lassen, daß es das adelige Subjekt begnadigt hat.“

Gegenüber der mörderischen Hege der Reaktionäre gegen vollständig unbekanntem Gegner muß nun mit der größten Rücksichtslosigkeit eingeschritten werden. Das geht nicht, daß gegen unabhängige und kommunistische Zeitungen eingeschritten wird, aber die Organe der Reaktion unbedenklich bleiben, wenn sie täglich ganz offen zum politischen Mord auffordern.

Wie feige, erbärmlich und charakterlos haben sich gerade die heute so dreist auftretenden Reaktionäre in den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch am 9. November 1918 benommen. Und wie erbärmlich benehmen sie sich auch heute wieder.

Jetzt gilt es, gegen die reaktionäre Stippstift Front zu machen. Arbeiter! Seid auf dem Posten! Vergeßt keinen Augenblick, wie die Reaktion mit euch umspringen würde, wenn sie Oberhand gewinnen sollte.

Das gegenseitige Bild: Im Lazarett Forstheim muß das Personal heute noch 12-15 Stunden und noch länger Dienst tun. Es ist bis in die jüngste Zeit vorgekommen, daß bis zu 30 Stunden Dienst gemacht wurden, lediglich unterbrochen von Schlafgelegenheit, soweit es der Zufall zuließ. Die Bezahlung ist eine sehr mangelhafte. Das Personal hat im Oktober eine Verbesserung seiner Löhne beantragt. Bis heute hat es noch keine Antwort!

Wir möchten dem Reichsarbeits- und Reichswehrministerium dringend raten, darauf zu achten, daß ihre Anordnungen besser beachtet und die Wünsche des Personals nicht bis in alle Einzelheit verdrängt werden, denn sonst müßte daselbst zur Selbsthilfe greifen.

4. Freiburg, 27. Jan. Zwischen den Angestellten und den Arbeitern in Handel und Industrie ist es nach wochenlangen Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen, der allerdings nur bis 31. März gilt.

* Mannheim, 29. Jan. In der Metallindustrie wurden die Verhandlungen wegen höherer Stundenlöhne als Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung abgebrochen, da zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern keine Einigung erzielt werden konnte.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht Karlsruhe.

Verurteilung.

Karlsruhe, 28. Jan. Vor dem Schwurgericht stand heute die Damenredererfrau Marie Hoch Gertrud geb. Dürle aus Ottenau wegen Vergiftung. Die Angeklagte ist 1889 in Ottenau geboren. Im Jahre 1916 heiratete sie den Damenrederer Arthur Hoch in Ottenau. Hoch war bis zum November 1918 im Felde. Die Ehe zwischen den beiden Gatten war nicht glücklich, es kam häufig zu Streitigkeiten, ja auch zu Tätlichkeiten. Mitte November 1918 erkrankte die Ehefrau Hoch an der Grippe und kam deshalb nach Gertrud. Später, nach der Entlassung aus dem Krankenhause, gestaltete sich das Verhältnis zwischen den beiden Ehegatten immer unangenehmer, der Mann trank und die Frau führte die Küche nicht immer so, wie es hätte sein müssen. In der Nacht zum 20. April kam der Mann nach Hause und teilte der Frau mit, daß er den Scheidungsprozess habe einleiten lassen. Trotzdem wohnten die Eheleute noch fernerhin bei einander. Bei ihrem Bekannten hatte die Angeklagte Hoch wiederholt nach einem Mittel gefragt, durch das sie ihrem Manne Gift beibringen könnte. Anfangs Mai kaufte sie in der Apotheke zu Gertrud eine Giftdose wie man sie zur Vergiftung von Ratten und Mäusen verwendet. Von dieser Dose brachte sie eine Messer Spitze voll in eine Tasse Kaffee und trank diese abends ihrem Manne. Da das Getränk schlecht schmeckte, spuckte die Frau davon genommenen Schaud aus und aß den Rest des Kaffees weg. Die Tasse spülte er sofort. Am nächsten Morgen mußte Hoch zweimal brechen. Sonst hatte der Vergiftungsversuch keine nachteiligen Folgen für ihn. Wie ein Scharfschütze feilschte, enthielt die Giftdose einen geringen Prozentsatz Phosphor, der aber nicht tödlich wirken konnte. Die Eheleute wohnten nach der Tat noch einige Tage zusammen, dann jagte der Ehemann die Frau fort. Jetzt wohnt er in Baden-Baden. Die Geschworenen vernahmten die Schuldfrage, worauf die Angeklagte vom Gericht freigesprochen werden mußte. Vertreter der Staatsanwaltschaft war Staatsanwalt Dr. Ullmann. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sanders, Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Schäfer.

Ein Todesurteil.

Mannheim, 28. Jan. Der Mörder des Großindustriellen Dr. Karl Neuberger hatte sich vor dem Schwurgericht zu verantworten. Es handelt sich um den 30-jährigen Tagelöhner Friedrich Georgi aus Fernheim. Am 25. Februar, dem Tage an dem der Mord geschah, befanden sich die Arbeiter der Firma Popp u. Neuberger in einem Lokalkampfe. Dr. Neuberger hatte eben eine Auseinandersetzung mit den Arbeitern gehabt und ihnen seine Fabrik zur Verfügung gestellt. Vor der Fabrik gab es

nun erreichte Gruppen von Arbeitern, als der Angeklagte Georgi mit einem Stoßlarren daherkam und die Arbeiter fragte, was das sei. Als er hörte, worum es sich handle, sagte er: „Ja unheimlich war draußen im Felde.“ er war Artillerieoffizier. Aber die Kriegswunden, die machen dabei die Geschäfte. Jetzt mir ihn nur her, ich werde schon fertig mit ihm.“ Gleich darauf erwiderte Dr. Neuberger auf der Straße, Georgi ging mit einem Revolver auf den Fabrikanten zu und schoß ihn mit zwei Schüssen nieder. Dann schob Georgi seinen Karren weiter und entließ. Wie die Verhandlung ergab, war Georgi als 20-jähriger wegen Rotzucht zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage auf Mord, worauf Georgi zum Tode verurteilt wurde.

Die Wuchergerichte. Das Wuchergericht in Konstanz verurteilte den 53-jährigen Wirt Heger in Tengen zu 3 Monaten Gefängnis und 2000 M Geldstrafe. Heger hatte zwei Pferde in Tengen für 23000 M gekauft und wollte sie nach der Schweiz bringen. Durch Stumpenschmuggel hatte Heger etwa 30000 M verdient. — Der Händler Egon Huber aus Meßkirch machte Schleichhandelsgeschäfte mit Weizen und betrieb einen schwunghaften Butterhandel nach Frankfurt a. M. Er wurde zu 8 Monaten Gefängnis und 300 M Geldstrafe verurteilt.

Haub- und Totschlagsversuch. Wie wir feinerzeit mitgeteilt haben, wurde in der Nacht zum 7. Juni ein Einbruch in die Villa des Privatmanns Dr. Freudenberg in Mannheim ausgeführt. Auf den Besitzer der Villa und dessen Sohn, den Prof. Dr. Wilhelm Freudenberg, gaben die Einbrecher verschiedene Schüsse ab, sodas er schwer verletzt wurde. Mit Ausnahme eines Gummimantels fiel den Einbrechern keine Beute in die Hände. Gestern stand die Gesellschaft vor dem Schwurgericht. Es wurde verurteilt wegen schweren Raubes und versuchten Totschlags der Chauffeur Josef Weingärtner aus Ludwigshafen zu 13 Jahren 8 Monaten Zuchthaus, der 17-jährige Nordmader Nikolaus Weingärtner wegen erschweren Raubes unter milderen Umständen zu zwei Jahren Gefängnis, der Väter Hermann Lehner aus Untergrömbach wegen schweren Raubes und Totschlagsversuchs zu 11 Jahren Zuchthaus und der beruflose Wenzel Reith wegen Beihilfe zum Raub und wegen Hehlerei zu zwei Jahren 6 Monaten Gefängnis, ein Viertel, der an der Tat beteiligt war, hat sich im Gefängnis erkängt. Josef Weingärtner und Lehner erhielten außerdem 10 Jahre Ehrverlust.

Haub. Das Schwurgericht in Mannheim verurteilte den 21-jährigen Maler Heinrich Bittling aus Frankfurt a. M. wegen Raubs zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und zu 5 Jahren Ehrverlust. Bittling hatte einem Koch, der ihn freigekauft hatte, Mißhandlung und dem Manne darauf einen Betrag von 200 M, zwei Ringe und einige Lohje geraubt.

Giftmord. Der 23-jährige Steinhauer Karl Stahl aus Freudenberg hatte sich vor dem Schwurgericht in Mannheim wegen eines Giftmordes zu verantworten, den er an seiner Frau in Weinheim begangen haben soll. Stahl ist während des Krieges nach der Schweiz desertiert und war nach Ausbruch der Revolution nach Hause zurückgekehrt. Trodem er verheiratet war, begann er in Zürich mit einer Kellnerin ein Verhältnis mit der Absicht, diese zu ehelichen. Wenige Zeit nach Stahls Rückkehr nach Weinheim starb seine Frau an Arsenik-Vergiftung. Man nahm an, daß Stahl ihr das Gift beigebracht habe. Die Geschworenen vernahmten die Schuldfrage, so daß Stahl freigesprochen wurde.

Stumpenschmuggel. Die Strafkammer Waldshut erließ nach zweitägiger Verhandlung Urteile gegen etwa sechs Personen mit bis zu 2 Monaten Gefängnis und von 5000 bis zu 750 M Geldstrafe. Außerdem wurde der Stumpenschmuggler Werner Lunte aus Schaffhausen, der Landwirtschaftsagent Karl Schäfer aus Stuttgart und Metzger Wilhelm Schöps aus Eutingen wegen Schmuggel in erschwerter Form zu Geldstrafen von je 26600 M und je einem Monat Gefängnis und vom Wertjahr für die nicht mehr beklagten Stumpen in Höhe von 99575 M verurteilt. 655 Paß Stumpen konnten eingezogen werden.

Jugend und Sport.

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein.

Stand der Sertenspiele im 3. Bezirk, 10. Kreis.

Verteiner	Spieler	gewonnen	unentsch.	verl.	Punkte
Durlach I	10	9	—	1	18
Dagsfeld I	10	8	—	2	16
Zürmersheim I	9	6	1	2	13
Karlsruhe I	9	4	2	3	10
Kleinfeinbach I	8	5	—	3	10
Wolfartsweier I	10	4	—	6	8
Ettlingen I	10	4	—	6	8
Spöck I	10	1	—	9	2
Hohenwettersbach I	9	—	—	9	0
Durlach II	10	9	—	1	18
Dagsfeld II	10	8	1	1	17
Zürmersheim II	9	6	—	3	12
Kleinfeinbach II	8	6	—	2	12
Karlsruhe II	9	3	1	5	7
Ettlingen II	9	3	—	6	6
Wolfartsweier II	9	2	1	6	5
Spöck II	10	—	2	8	2
Hohenwettersbach II	9	—	1	8	1

Jung-Volk 1920.

Herausgegeben vom Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine. Unser Jungvolk-Almanach ist eben vor Jahresabschluss wieder erschienen. Auch dieser Jahrgang zeigt wieder die alte, schauderhafte Aufmachung seiner Vorgänger. Inhaltlich hat er für unsere Jugend besondere Bedeutung, denn er behandelt im Hauptteil seiner Beiträge die Revolution und die Stellung der Jugend zur Revolution.

Wir können unseren Lesern, insbesondere der Jugend, auch dieses Jahr wieder die Anschaffung des Almanachs nur dringend empfehlen; sie werden daraus mannigfache Belehrung und reichen Genuß schöpfen. Der Preis des hübschen Bandes, der auch von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen ist, beträgt 1,80 M.

Generalversammlung der „Naturfreunde“.

Die Ortsgruppe Karlsruhe des Naturistenvereins „Die Naturfreunde“ hielt am Sonntag, 25. Januar, im Saale der Restauration „Zum Auerhahn“ ihre diesjährige 12. ordentliche Generalversammlung ab, die außerst zahlreich besucht war. Eingangs wurde den von der Gesangschor zurückgekehrten und den gefallenen sowie den gestorbenen Genossen die übliche Ehrung erwiesen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten gab Obmann Ehrenfried in kurzen Worten einige Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, wobei er besonders anführte, daß die Mitgliederzahl des Gesamtvereins auf 80000 gestiegen ist. Einstimmige Annahme und Entlastung der Geschäfts- und Kassenberichte zeugten dafür, daß die Arbeit der Vereinsleitung allgemeine Anerkennung fand. Die ausgiebige Diskussion wurde jedoch im zweiten Punkt der Tagesordnung hervorgerufen, der die Erhaltung und Finanzierung eines zweiten Unterkunftsraumes, in unmittelbarer Nähe von Karlsruhe, behandelte. Obwohl allseitig anerkannt wurde, daß die Errichtung eines derartigen Kulturbauwerkes, durch die Ausdehnung des Vereins eine

Gewerkschaftliches.

Mangelndes soziales Verständnis beim Sanitäts- und Versorgungsamt Karlsruhe.

Vom Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband wird uns geschrieben: Eine derjenigen militärischen Stellen, welche die heutige Zeit noch am allerwenigsten begriffen zu haben scheinen, ist das Sanitätsamt Karlsruhe des 14. A. K. und das Versorgungsamt Karlsruhe, dem die im Land befindlichen Lazarette unterstellt sind. Vor einiger Zeit gab der Reichsarbeitsminister in der Nationalversammlung die Erklärung ab, daß das Personal der Lazarette, das bereits ausschließlich aus gedienten Soldaten und Kriegslazarettpersonal besteht, allmählich vermindert werde, wobei jedoch jede Härte vermieden werden sollte. Unter einem solchen Vermeiden von Härten darf doch wohl auch verstanden werden, daß solches Personal nicht mitten im Winter auf die Straße gesetzt und der Arbeitslosigkeit überantwortet wird. Trodem wurden kürzlich am Lazarett in Ettlingen und Freiburg Entlassungen vorzunehmen verurteilt, die aber an der Solidarität des Personals scheiterten. Jetzt wurden von der Prov. Stelle des Reichsarbeits-Ministeriums, 15. Dezember Entlassungen beim Lazarett Singen a. S. verurteilt und sodann, nachdem erst Ende vergangenen Jahres vier Personen zur Entlassung kamen, auf 1. Januar fünf weitere entlassen. Auf 1. Februar sollen weitere Entlassungen in Aussicht sein. Man muß sich wirklich fragen: Ist das die Vermeidung von Härten?

Vollständigkeit geworden sei, stellte sich ein Teil der Mitglieder auf den Standpunkt, daß die heutige Finanzlage uns zwingen würde, davon Abstand zu nehmen. Die Optimisten dieser Frage gegenüber waren aber in der Mehrheit und so wurde die Vorlage angenommen, so daß wir wohl in Kürze ein zweites Kurortensbad bauen können. In den schon eingezahlten 4000 M. wurden sofort weitere 14000 M. von den Anwohnern genehmigt. In einem weiteren Punkt wurden 12 Anträge behandelt, wobei hervorzuheben ist, daß die Gebühren für die Hausbenutzung, die Eintritts- und Montagegebühren, erhöht wurden, ebenso der Jahresbeitrag auf 8 M. Die Erwerbung eines Platzes im Hornisgründebachtal wurde der Vereinsleitung überlassen. Unter Punkt Neuwahlen wurde der Vereinsleitung nochmals Dank gezollt und dieser durch die einstimmige Wiederwahl, bis auf drei freiwillig auscheidende Mitglieder, bestätigt. Alle Zuschriften sind also wie bisher an Gen. Rob. Ehrenfried, Winterstr. 49, zu richten. Unser aller Wunsch sollte nun deshalb lauten: „Möge dieser Verein weiter blühen und gedeihen zum Wohle aller und zum Besten der modernen Arbeiterbewegung.“ Und dieser Wunsch muß sich in jeder freudigen Arbeiteransiedlung, dem es daran gelegen ist, am Wiederaufbau unserer Heimat mitzuteilen.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 29. Jan. Die Vermutung, daß sich Werber einer Fremdenlegion auch bei uns im Lande herumtreiben, wird durch eine Meldung der „Bad. Post“ bestätigt, wonach der hier beschäftigte 16jährige Väterlehrer Willi Galm einem Werber in die Hände fiel und bereits nach Marzfales als Fremdenlegionär zur Einschiffung abtransportiert worden ist.

Heidelberg, 27. Jan. Die Bürgermeister Dr. Walz im Bürgerausschuß mitteilte, erforderten die von den städtischen Beamten und Arbeitern angebotenen neuen Tarifverträge eine jährliche Mehrbelastung für die Stadt von 8 Millionen Mark.

Mannheim, 27. Jan. In einer Schieberangelegenheit ist hier eine Kognatendung im Werte von 300 000 M. beschlagnahmt worden. Als die Behörde die beschlagnahmte Ware vom dem Expediteur verlangte, bei dem sie lagerte, war sie verschwunden.

Billingen, 27. Jan. In Erdmannweiler war im Anwesen des Landwirts Martin Lehmann ein Brand ausgebrochen, der in kurzer Zeit das ganze Anwesen in Schutt und Asche legte. Es konnte lediglich das Vieh gerettet werden, während die gesamten Fährnisse ein Raub der Flammen wurden; auch einige Bühnen kamen um. Der Schaden beträgt an Gebäulichkeiten 22 000 M., an Inventar 80 000 M. Es wird fahrlässige oder vorsätzliche Brandstiftung vermutet.

Fremdenverkehr und Gastwirtsbetrieb. Der Bad. Landesverband zur Hebung des Fremdenverkehrs hielt in Baden-Baden eine erweiterte Ausschusssitzung ab, die sich mit der Schließung der Küchenbetriebe von Hotels und Gastwirtschaften befaßte. Die Versammlung beschloß, ein Telegramm an das Ministerium des Innern zu richten, in welchem die Regierung dringend erjudet wird, Mittel und Wege zu finden und diese bei der Reichsregierung nachdrücklich zu vertreten, die den Gastwirten die Fortsetzung ihrer Küchenbetriebe ohne fortwährende Belästigung gesetzlicher Vorschriften ermöglicht. Ferner wurde einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, einen Staatsbeitrag von mindestens 300 000 M. zum Wiederaufbau der schwer darniederliegenden Fremdenindustrie zu leisten.

In der Heimat.

Flaßloch, 28. Januar. Gestern Mittwoch mittags 12.15 Uhr, traf der erste Transport Gefangener von Frankreich, etwa 1000 Mann, im hiesigen Durchgangslager ein. Der Zug stand bis Offenburg unter französischer Begleitung, er wurde dort an die deutsche Behörde übergeben. Die Gefangenen wurden durch den Kommandanten des Lagers, Herrn Major Tiedemann, herzlich begrüßt, worauf sie unter alten, deutschen Musikstücken ihren Einzug ins Lager hielten. Der Aufgangspunkt des Transports war Epernay und betrug seine Stärke 1 Offizier und etwas über 1000 Mann. Die Leute haben größtenteils ein „verhältnismäßig“ gutes Aussehen. — Weitere Transporte werden erwartet.

Winterfeier der Karlsruher Arbeiter-Jugend.

Zu einer glänzenden, in allen Teilen aus bester verlaufener Veranstaltung gestaltete sich die am Sonntag im Saale des Gemeindefaßes der Beßstadt stattgefundene Winter-Feier der Karlsruher Arbeiter-Jugend. Es war wieder ein Arbeiter-Familienfest, bei dem die Jugend der gebende Teil war, und zu dem sich die Arbeiterfamilie, die Eltern und Familien und die Jugend selbst in überaus großer Zahl eingefunden hatte, der schöne Saal war dicht besetzt. Mit Freude wurde von der Arbeiterjugend auch die Anwesenheit des Staatspräsidenten Gen. Geiß, des Arbeitsministers Gen. Nücker, der Abg. Frau Fischer, Dr. Kraus, des Stadtrats Dr. Dieß und sonstiger führender Parteigenossen begrüßt, die damit erneut bezeugten, welches Interesse sie an der prächtig ausfallenden Arbeiter-Jugend nehmen. Die Leitung der Veranstaltung lag in den Händen eines jugendlichen, des Gen. L. Zurek, der seines Amtes mit Geschick und Umsicht wahrte.

Das Programm war auf einen künstlerischen Boden gestellt. Auch hierin geht die Arbeiter-Jugend mit gutem Beispiel voran, daß sie alle ihre Veranstaltungen auf einer gewissen künstlerischen Höhe zu halten sucht, alles Minderwertige, alles Kitsch, allen Fingelangel und Zweideutigkeiten unbedingt fern hält. Jungen Künstlerinnen und Künstlerinnen gewährte sie dabei gerne die Möglichkeit, erste Proben ihres Könnens vor der Öffentlichkeit abzugeben und ihnen dadurch die Bahn zum Aufstieg zu öffnen. Am Sonntag gaben so zwei Künstler erste beachtenswerte Proben ihres Könnens, Fräulein Goldschmidt und Herr Lindemann am Bad. Landestheater. Fräulein Goldschmidt, eine Schülerin von Wendling-Stuttgart machte ihrem Meister alle Ehre. Sie besitzt eine tiefe musikalische Veranlagung und diese teilt sich durch eine in jeder Beziehung vollendete Technik in formvollendetem Nachschaffen mit. Die abgerundete Schönheit des Tones entzückt ebenso wie die sichere Melodienführung, und schließlich waren die Zuhörer von den Darbietungen der jungen Künstlerin, die wahrhaft viel verspricht, gefangen. Herr Lindemann ist ein Tenor mit schönsten Mitteln; der bescheidene Sänger weiß seine reine Stimme, die sehr nach der lyrischen Seite tendiert, in bester Weise zu werten. So gelang ihm die Gralserzählung recht eindrucksvoll und gesangstechnisch vollendet. Die Weichheit und Vielseitigkeit des Organs entzückt den Hörer stets von neuem. Ebenso innig im Vortrag wie schön in der Tongebung sang er die beiden Lieder im zweiten Teil des Programms. Beiden Künstlern, denen für ihre so schönen Leistungen herzlich und lebhafte gedankt wurde, war Frau El. Girndt eine sichere, anheimelnde Begleiterin am Klavier. Der dritte im Bunde war Herr Hans Blum, der eine halbe Stunde lang die Zuhörer mit heitern — oder humoristischen, wie er meinte — Vorträgen unterhielt. „Nur eine halbe Stunde, aber wohl alle werden in einem ganzen Jahre nicht so viel gelacht haben, als in dieser einen halben Stunde. Auch da wollte die Arbeiterjugend ein Stück Erziehungsarbeit leisten: der Frohsinn, die heitere Laune des Dichters sprach durch den Mund des wirklichen, echten Künstlers zu uns. Wer Hans Blum gehört hat, wird an den „Komikern“ und „Humoristen“, die den

Offenburg, 28. Jan. Gestern nacht ist von Straßburg kommend der erste Gefangenentransport von Frankreich in Stärke von 1025 Mann hier eingetroffen, die nach dem Durchgangslager Flaßloch weitergeleitet wurden. Die Gefangenen kamen aus den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs.

Mannheim, 28. Jan. Der erste Transport mit französischen Kriegsgefangenen ist heute morgen um 7 Uhr 45 Minuten auf dem Mannheimer Hauptbahnhof eingelaufen. Er brachte 1052 Mann, die Kriegsgefangenen-Kompagnie 174 und 900 (P. G. 174 T. B. aus Montigny sur Vesle bei Reims) und P. G. 900 aus Metz bei Reims). Nach einem ganz kurzen Aufenthalt am Bahnhof wurde der Zug in das Durchgangslager Mannheim überführt, wofür die Ankunft kurz nach 10 Uhr erfolgte. Im Durchgangslager hatten sich zahlreiche Vertreter des Volksbundes zum Schutz der deutschen Kriegsgefangenen und des Roten Kreuzes eingefunden. Begrüßt wurden die Gefangenen und endlich Befreiten zunächst von der Regimentskapelle der 108er. Am Transportzug befanden sich als Begleitung 2 französische Offiziere und 40 französische Begleitmannschaften. Es wurde sofort zur Verteilung der Mannschaftenliste geschritten. Nachdem dies geschehen und die Uebergabe erfolgt war, verließen die französischen Offiziere das Lager. Die Begleitmannschaften befürchten den Transportzug wieder, in den die von der französischen Regierung mitgegebenen Decken und Läder zurückgebracht wurden, worauf der Leertzug zurücktransportiert wurde. Major Croenedel begrüßte hierauf die auf Freiheit endlich Wiedererlangenden in kurzer Ansprache. Es befinden sich darunter Leute, die schon seit 1914/15 in der Gefangenschaft gefesselt haben und dementsprechend mußte man von ihnen erfahren, daß sie auch jetzt noch, bis zum 24. Januar, in der Gefangenschaft frohden mußten, obwohl man doch hätte erwarten dürfen, daß nach Wiederlegung der Requisitionsurkunden dies endlich aufhören würde.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 29. Januar.

Unabhängige „Arbeit“ im Parlament.

Bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes hat die unabhängige Fraktion geradezu jammervoll verlagert. Sie hatte nicht einen Mann, der die Kenntnisse und die Arbeitskraft besitzt, in der Kommission aktiv mitarbeiten zu können. Darum beschränkte sie sich auf passives Mitsitzen bei der Schlussberatung im Plenum. Wie verhält nun die „Sozialistische Republik“ die Unfähigkeit und Arbeitsunlust der Unabhängigen zu entschuldigen? Sie macht das so:

„Die Unabhängige Fraktion der Nationalversammlung hatte es von vornherein abgesehen, sich aktiv an den Ausschussberatungen des Entwurfs zu beteiligen! Diese Aufgabe nehmen nun die rechtssozialistischen Klumpflecker zum Anlaß, der Unabhängigen Fraktion die Schuld an der jammervollen Verschärfung der Räteidee im Betriebsrätegesetz anzuhängen... Diese demagogische Beweisführung ist natürlich für die Dummen unter den Lesern berechnet. Jedes Kind weiß nachgerade, daß niemals die Kommission irgend einer Körperschaft die Entscheidung fällt, sondern stets die Körperschaft in ihrer Gesamtheit.“

Die „Republik“ hat in einem Punkte in blinder Zügellosigkeit das Richtige getroffen: „jedes Kind“, also auch nur Kinder wissen, daß die Kommissionsberatungen nicht entscheidend für die Gestaltung von Gesetzentwürfen sein sollen. Politisch erwachsene und fundige Leute dagegen wissen, daß stets die Kommissionsarbeit für die Gestaltung eines Gesetzes entscheidend ist. Das Plenum einer großen parlamentarischen Körperschaft ist technisch gar nicht imstande, eine solche schwere Arbeit erfolgreich zu leisten. Darum legt man auf Kommissionsberatungen und die Auswahl der Mitglieder dazu stets den größten Wert. Aber „jedes Kind“ weiß es anders, also auch die Redaktion der „Republik“. Na, ja, sie sind schon Wortschneidler, die Herren in der Kurbenstraße 23.

„Heiteren Teil“ so mancher Vereine, auch Arbeitervereine, noch „ausfüllen“, kein Gefallen mehr finden. Weberschönung der Sprache, der Dialekte, ausgeprochenes Erzähleralent, unterstützt durch eine lebhaft Mimik, das sind die Eigenschaften, die Blum den Erfolg erriegen. In dieser besseren halben Stunde haben sich die Menschen mal wieder so recht alle Sorgen und Äste der Zeit vom Herzen gelacht. — Der gemästete Chor „Bruderbund“ umrahmte unter Herrn Fröhlich Leitung die Vorträge mit einigen schon vorgetragenen Liedern; die Männer- und Frauenstimmen sind schon ausgezeichnet, der Vortrag ist sauber, die Aussprache fehlerfrei, jedoch auch hier der beste Gesamteindruck hinterließ. — Die Arbeiter-Jugend zeigte auch, was sie kann. In erster Stelle ist Genossin Eija Nücker zu nennen, die mit ihren Vorträgen ein ausgesprochenes Vortragstalent zeigte. Sie trug eine Anzahl Gedichte vor, die sowohl was die Aussprache wie auch die geistige Ausprägung des Inhalts betrifft, beläns gelangen. Auch Jugendgenosse W. Reiter wußte dem von ihm vorgetragenen Gedicht eine wirkliche Wiedergabe zu verschaffen. Die junge neugegründete „Hauskapelle“, Mandolin und Geige, gab die erste Probe ihres Könnens und erntete mit ihren flotten Märschen lebhaften Beifall.

Im Mittelpunkt all des vielen Schönen und Guten, das geboten wurde, stand die Festsprache des Gen. Landtagsabg. Dr. E. Kraus-Heidelberg, der seinen Ausführungen das Thema „Sozialismus als Erziehungsaufgabe“ zugrunde legte. An meißerhafter Rede verband es Gen. Dr. Kraus den aufmerksamen Zuhörer die Wichtigkeit der Erziehung für die Verwirklichung des Sozialismus darzulegen. Die Erziehung zum Sozialismus, so führte der Redner aus, ist die wichtigste Frage der Gegenwart.

Die erste Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus ist, daß wir uns selbst erkennen. Die Eltern, vor allem aber die Mütter, müssen die Jugend zum Sozialismus erziehen. Die Frau muß in der Familie das wandelnde Programm des Sozialismus sein. Wir brauchen für unsere Jugend auch eine neue Schule, keine Ständeschule für die Kinder der Reichen und der Armen, keine Hochschule, die getrauen ist vom Dünkel vergangener Jahrhunderte. Wir brauchen die Einheitschule und die Volksschule, diese als notwendige Ergänzung des Abfuhrentags.

Nur Mut haben müssen wir. Unsere Sache steht auf; sie bewegt sich auf der Kulturhöhe unserer Völker vor hundert Jahren, die damals ihrer Zeit weit, weit vorausgerückt waren. Wenn wir auch vor einer schweren Aufgabe stehen, die Erziehung der Massen zum Arbeiterbewußtsein muß durchgeführt werden. Mehr als bisher muß diese Erziehungsfrage in den Mittelpunkt der Erörterungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei gestellt werden. — Die Rede wurde oft von lebhaften Zustimmungshandlungen unterbrochen und erntete am Schluss starken Beifall.

Die Arbeiter-Jugend hat wieder gezeigt, daß sie neben der ersten Arbeit auch feste zu feiern versteht. Jede der Arbeiter-Eltern ist es nun, aus den Ausführungen von Gen. Dr. Kraus die Konsequenz zu ziehen und ihre Kinder dahin zu schicken, wo die Erziehung im Sinne und Geist des Sozialismus vorgenommen wird: Das ist in die Arbeiter-Jugend.

Aus dem U.S.P.-Lager.

Lezten Samstag hielten die Unabhängigen in Karlsruhe eine Konferenz des 3. bad. Bezirkes ab. Nach einem Bericht in der „Soz. Republik“ referierte dabei Herr Jung über den Punkt „Stellungnahme zum badischen Parteitag“ und erklärte, daß eine Einigung mit den „Rechtssozialisten“ für die U.S.P. ausgeschlossen sei; aber auch die Kommunisten hätten bei allen Aktionen, die die U.S.P. bisher gemeinsam mit ihnen unternommen hätten, bewiesen, daß es ihnen nicht ernst ist mit der Einigung. Sie hätten dabei immer versucht, die U.S.P. für ihre besonderen Parteizwecke auszunutzen. Die linkssozialen Querstreiber können also nach wie vor keine andere Ermüdung, wie den Unterdrückung unter die Karrenlappe der U.S.P. Da können sie aber lange warten.

Herr Jung meinte dann noch mit Bezug auf das Betriebsrätegesetz, es sei eine „ganz niederrichtige perfide Demagogie“, behaupten zu wollen, die Unabhängigen seien daran schuld, wenn nichts Besseres herausgekommen sei, denn bei den entscheidenden Abstimmungen im Plenum hätten die Sozialisten (gemeint sind die Rechtssozialisten) in halber Eintracht mit den Bürgerlichen alle Anträge der Unabhängigen abgelehnt. Im Bezaupern und im Schimpfen sind ja die Unabhängigen groß. Wenn sie nur in der praktischen Arbeit ebenso groß wären. Aber gerade da kaperte es auch bei den Beratungen des Betriebsrätegesetzes. Durch ihre Faulheit und Unfähigkeit haben sie in der Kommission vollkommen verlagert und um diese Faulheit und Unfähigkeit zuzudecken, stellten sie im Plenum ihre Nennomier- und Agitationsanträge, von denen sie selber wußten, daß sie unter den Tisch fallen mußten, wollte man nicht die ganze Kommissionsarbeit umjagen. Solche Reden sind das!

Interessant war dann noch die Unterweisung der Referenten“ durch Herrn Jung, der einfach empfahl, das Material in der „Soz. Republik“ zu sammeln, womit sie dann in jeder geeigneten Versammlung auftreten könnten. Arme Referenten! Wenn Ihr sonst nichts habt, fikt Ihr glatt auf. Mit einem Schimpfwortreferat allein kann man nicht überall Eindruck machen.

Gefangenen-Heimkehr.

Nun scheint es ernst zu werden, die ersten Gefangenen-Transporte treffen in Baden ein. Wie uns aus dem Durchgangslager mitgeteilt wird, sind die ersten Transporte in Flaßloch und Mannheim eingetroffen.

Zum festlichen Empfang ist am hiesigen Bahnhof eine Ehrenforte errichtet und der Bahnsteig mit Fahnen und Girlanden geschmückt. Die Bewohner sollten zu Ehren der Heimkehrer, die Käufer besorgen, denn die Leute haben es wirklich verdient, daß sie geehrt werden. Wände von ihnen haben fünf Jahre fern von der Heimat leben müssen; fern von Frau und Kind und Verwandten. Der Ruf: Fahnen heraus! sollte nicht ungehört verhallen. haben wir doch bei oft weniger wichtigen Anlässen in früherer Zeit beslagert.

Der Streik im Karlsruher Wirtsgewerbe.

Von der Streikleitung wird uns geschrieben: Die Bewegung geht mit aller Schärfe und reiflicher Entschlossenheit der Angehörten weiter. Die Hoffnungen der Arbeitgeber auf Eingelebungen mit den Wirtsen und dem übrigen Hilfspersonal sind vollkommen geplatzt. Der Streikklub der Angestellten sieht demnach den heute stattfindenden Verhandlungen mit Ruhe und Vertrauen entgegen; er weiß nicht eher von seinen Forderungen ab, bis das Tringeld beseitigt und die volle Bezahlung an dessen Stelle gesetzt ist. Sollten die Verhandlungen zu keinem guten Resultat führen, so erklären alle Angestellten im Wirtsgewerbe von ganz Baden ihre Solidarität mit der Karlsruher Angestelltenchaft und treten in den Generalstreik ein.

Die Gemeindefarbeiter und die Teuerung.

In einer überfüllten Mitgliederversammlung nahm am Sonntag nachmittag der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband nochmals Stellung zur Teuerungszulage. Gemeindefarbeiter und Arbeiter nahmen die in der letzten Versammlung vom 8. Januar aufgestellten Forderungen, Er machte fernerhin darauf aufmerksam, daß der Verband mit den Vertretern des badischen Städtetags in Verbindung getreten sei, um in allen Städten Badens eine einheitliche Regelung der Zulagen zu erreichen. Von letzteren wurde in zunehmendem Sinne genehmigt. Die Besprechung mit der zuständigen Beamtensorganisation ergab, daß sich unsere Forderung mit der übrigen besch. Gegenjo geht die Forderung der Eigenheim- und ähnlicher Organisationen mit der unjeren parallel. Die Stadtwirtschaft erklärte sich bereit, ihren Arbeitern und Beamten wirksame Hilfe zu leisten, um die Teuerungsmisere zu lindern. Uebernachste Woche soll sich der Bürgerausschuß mit der Zulagefrage zu beschäftigen. Ohne Diskussion fand folgende Entscheidung einstimmige Annahme:

„Die heutige Kartellbesuche Gemeindefarbeiterversammlung erklärt sich mit dem gemeinsamen Vorschlag an den Städtetag einverstanden und wünscht, daß auch bei den Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe die Gleichstellung mit den Beamten gefordert und eingehalten wird.“

Die Arbeiter zeigten durch obiges Disziplin und Geduld, sie hoffen aber, daß ihre Geduld nicht mißbraucht wird. Möge auch die Stadtwirtschaft dazu beitragen, daß Ruhe und Ordnung in den Betrieben bleibt wie bisher, dann sind auch Rettungsnotizen nicht notwendig, wie sie letzte Woche von der Technischen Nothilfe gebracht worden sind. — In die Landesstatistikkommission wurden die Koll. Votz und Karzer und als Ersatzmann Koll. Sauter gewählt.

Morgen Bibliothekabend! Die umfangreiche Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins ist morgen geöffnet. Die Bücherausgabe findet von 15 bis 16 Uhr in der Volkshandlung, Adlerstraße 16, statt. Weniger fleißig die Bibliothek, denn: Wissen ist Macht!

Sozialistische Geistesarbeiter. Die am Freitag folgende Versammlung fällt wegen des Streiks der Gastwirtschaftsgehilfen aus; die nächste Zusammenkunft findet in 8 Tagen statt. Nähere Bekanntmachung erfolgt noch.

Kohlennot. Infolge der Verschlimmerung der Brennstoffnot und der dadurch bedingten Schließung des Betriebs des städtischen Bierbrauwerkes ist die Beheizung der Festhalle auch an den Samstag und Sonntag, wie sie bisher noch stattfand, bis auf weiteres nicht mehr möglich. Es müssen daher die städtischen Künstlerkonzerte, die Sonntags in der Festhalle abgehalten wurden, beseitigt werden.

Volkshandlung im Landestheater. Montag, 9. Februar, wird „Nathan der Weise“ von Lessing als Volkshandlung gegeben. Bestellungen werden alsbald erbeten.

Größnung des Schiffbrückerwerkes in Magaz. Der Gelambverleih über die Schiffbrücke bei Magaz ist wieder aufgenommen worden.

Das Konfervatorium für Musik nimmt morgen Freitag den Unterricht wieder auf.

Öffentlicher Vortrag. Der hiesige ost-lotholische Männerverein veranstaltet im Februar und März einen Cyklus von drei öffentlichen Vorträgen über zeitgemäße kirchlich-religiöse Fragen im großen Rathsaal. Als erster spricht am Donnerstag, den 5. Februar, Pfarrer Demmel aus Furtwangen über das Thema: „Die Volkstirke im Volkstaat“. Näheres wird noch durch Plakat in dieser Zeitung und durch Plakate bekannt gemacht.

Reinhold
bet im Le
Vortrag bo
größtenteils
einer Karlsru
Vortrag in
Bänderung
für alle Anwo
der Binter
neuen Mo
immer noch
nämlich
Mitglieder
eingeladen.

Unfall
in der Kr
Boden sch
peiten Unfa
Diefstie
menen Ein
aus Firtm
und ein A
riemens in
ein Gele
ein Arbeit

Tausch
Donnersta
findenden
bei Kuri
Waldstr

Sum
ein: Von U
Gen. A. 10
durch Gen
Schiffst
1658,50 M.
Für d
werden an

Abf.
jocht zur
einem Ver
größerer
ohne weite
die Radior
und privat
reicher Ge
mandantur
Kontroll

Dortm
Aberbed
sind zirk
schickt kon
Gänge.

Dortm
Charlotten
heute morg
fr nach 3

Nächste
Geld -
Ziehung
2165 B
ohne Abz
230
100
Mk. Ha
Losse
Porto u
empfehl
J. Sti
Lotterien
Mannhe
lsruher Str
Fr. Pech

Wer
3 Zimmer
behörig ge
bezeugt.
Nr. 1479 im

Für die
eines ge
Mon
Jahst.
In erste
1475 im

Mein gar
Gierp
Gelehr

R für die
jeden U
Verzähler
ist in der
sch das G
ob der Reim
welcher in
den Fieren
Gefährlich
des Appar
brauchsm

St.
Bruder

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal „Gambirushalle“, Erbringstraße, der zweite Vortrag von Herrn Dr. J. H. Müller, Vorstand des hiesigen Arbeiter-Vereins, über: „Die orientierte ich mich nach einer Karte im Hinblick auf die nun bald wieder beginnenden Wanderungen der Arbeiter-Jugend von besonderem Interesse für alle Augenzeugen und Genossen.“ Der Abende Verlauf der Winterfeier vom letzten Sonntag hat der Arbeiter-Jugend neuen Ansporn und neuen Arbeitseifer gegeben, eine Anzahl neuer Mitglieder haben sich dem Verein angeschlossen, allerdings immer noch nicht so viele, wie es die Arbeiter-Jugend wünscht, nämlich die gesamte Jugend der Arbeiterstadt. Die neuen Mitglieder werden besonders zu der heutigen Veranstaltung eingeladen. — Um 8 1/2 Uhr findet eine Vorstandssitzung statt.

Unfall. Am 22. d. Mts. wurde ein 8 Jahre altes Mädchen in der Kreuzstraße von einem noch unbekanntem Kadaver zu Boden geschleudert und überfahren, wodurch das Kind einen doppelten Hinterbeinbruch erlitt.

Diebstahl. Verhaftet wurden: ein Kutscher von Kretzbura wegen Diebstahls, ein Arbeiter aus Adern, ein Konditor aus Pirmasens, ein Schlosser von Wimbach, ein Schneider von hier und ein Arbeiter aus Tiefenbach wegen Diebstahls eines Treibriemens im Werte von 15000 M. wegen Diebstahls. Ferner ein Gelegenheitsarbeiter von hier wegen Fahrraddiebstahls und ein Arbeiter von hier wegen Diebstahls.

Verkaufsauctionen. Samstag, 30. d. Mts. Es sind nochmals auf den heute Donnerstag den 29., abends 7 1/2 Uhr, im Eintrachtsaal stattfindenden Auktionen hingewiesen, zu dem noch einige Karten bei Kurt Neufeldt, vorm. Kommunalratsmitglied, Hugo Kunz, Marktstraße 89, sowie ab in der Saalstraße zu haben sind.

Leitung. Zum Wahltag der Sozialdem. Partei Karlsruhe gingen ein: Von Ungenannt 1000 M., von demselben weitere 2000 M., von Gen. K. 100 M., von Genoffin Müller 4 M., von Gen. Stoll 2 M., durch Gen. Wankel-Grünwinkl von Str. 4250 M., durch Gen. Schöffin von Str. 10 M., von Gen. R. 1600 M., zusammen 165850 M.

Für die Zubehörungen besten Danl. Weitere Beiträge werden angenommen von

Hermann Lang, Kassierer, Kaiserstraße 46 V.

Kleine Nachrichten.

Worms. Ein erst vor einigen Tagen aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrter städtischer Beamter in Jülich sah mit einem Verwandten auf einer Bank der Promenade, als ein schwarzer französischer Kolonialsoldat auf ihn zutrat und ihm ohne weiteres eine Revolverkugel durch den Kopf jagte. Auf die Nachricht von der Mordtat legten die Arbeiter der städtischen und privaten Werke die Arbeit nieder und aggen unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung vor die französische Kommandantur. Der französische General sagte Bestrafung des Mordtäters zu.

Darmstadt. Auf der Jacht „Schürbank-Charlottenburg“ in Riedelbeck ist infolge Wasserdurchbruchs die ganze Nachschicht von circa 100 Mann an der Ausfahrt behindert. Die Morgen-schicht konnte nicht einfahren. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

Darmstadt. Die ganze Nachschicht der Jacht Schürbank-Charlottenburg, 96 Mann, die infolge Wasserdurchbruchs seit heute morgen 5 1/2 Uhr von der Außenwelt abgeschnitten waren, ist nach geschnittener Rettungsarbeit um 8 Uhr nachmittags freigegeben.

plötzlich errettet worden. Der Betrieb ruht vollständig auf der Jacht. Die Besatzung wird auf den benachbarten Jachten untergebracht.

Berlin. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ haben sich in Frankfurt a. M. und in Nied am ersten Tage der Einzelschneidung der Listen zu den von der Eisenbahndirektion gestellten Bedingungen rund 8000 Arbeiter gemeldet.

Berlin. Am Grobberliner Boulevards wird die Wiedereröffnung der Arbeit geplant, um die Arbeitsleistungen zu steigern. Es ist eine Studienkommission, in der die Gewerkschaft, die Kaufgeschäfte, Gemeinden und Siedlungsvereine vertreten sind, beauftragt worden, schleunigst die Formel für die verbesserte Arbeit aufzustellen.

Berlin. Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft erklärte, den besten Weg zur Sicherstellung der Volksernährung und zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der Landwirtschaft in der sofortigen Anbahnung unmittelbarer Verträge zu erblicken.

Königsberg. Die deutsch-nationalen ostpreussischen Abgeordneten richteten an die preussische Staatsregierung die Anfrage, ob sie bereit sei, nach Abtretung der Eisenbahnen auf ungehinderte Hin- und Herreise der ostpreussischen Abgeordneten nach Berlin zu sorgen, eventuell durch ein Abkommen mit der Reichsbahn, welche die regelmäßige Seeverbindung Königsberg bis Elletin ins Leben gerufen habe.

Wilhelmshaven. Im Marinewerkstatt ereignete sich beim Verbrennen von Schießbaumwolle eine Explosion. Fünf Mann wurden verwundet, davon zwei schwer.

Paris. Am Mittwoch fand eine Versammlung von über 300 Zeitungsbesitzern statt, die eine Kommission bestimmten, mit dem Auftrag, eine einheitliche Verlegung der französischen Presse mit Druckpapier zu organisieren. Das Komitee wurde beauftragt, bei der Regierung Schritte zu unternehmen, um die Ausgabe und den Verkauf von Zeitungen aller Art von Sonntag mittags 12 Uhr bis Montag mittags 12 Uhr zu untersagen. Ferner soll der Verkauf eines Einfuhrverbots für ausländische Papiere, dessen Preis sich infolge von Spekulationen verdoppelt hat, erlassen werden.

Paris. Der ständige Ausschuss der Unifizierten Sozialisten hat am Dienstag eine Sitzung abgehalten zur Entgegennahme des Berichts des Parteisekretärs Kroll über seine Reise nach der Schweiz, wo er mit der Parteileitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei und mit Mitgliedern von der deutschen unabhängigen sozialdemokratischen Partei Verhandlungen pflog zum Zwecke der Wiederherstellung der Internationale.

Letzte Nachrichten.

Das Befinden Erzbergers. Dr. Berlin, 28. Jan. (Ank.) Heute vormittag hat eine neuerliche Untersuchung des Finanzministers Erzberger durch Prof. Welsch und den hiesigen gezeugenen Chirurgen Prof. Dr. Hildebrand stattgefunden. Die Untersuchung ergab, daß sich die Schwellung und die Schmerzhaftigkeit der Schußwunde nicht wesentlich verändert haben. Eine Infektion der Schußwunde ist nicht eingetreten. Die Temperatur ist auch normal. Der Puls ist noch hoch. Er beträgt 120 pro Minute. Die sonstigen Folgeerscheinungen bestehen immer noch. Der Patient ist erschöpft und noch sehr schonungsbedürftig und darf nur die wichtigsten Staatsangelegenheiten erledigen. Eine unmittelbare Lebensgefahr besteht nicht.

Die Situation im Eisenbahnenwesen. Berlin, 28. Jan. Bis zum Mittag des ersten Tages, an dem sich die Arbeiter der geschlossenen Eisenbahnerverbände zur Einstellung unter den neuen Arbeitsbedingungen melden dürfen, hatten sich bei jeder der geschlossenen Berliner und Dresdener Werkstätten sowie in Nied bereits mehrere hundert Arbeiter gemeldet. In Sebaltsbrunn lagen 70 Meldungen vor. Aus einigen Bezirken fehlen noch die Nachrichten. In Maaßberg und Rens hatten die radikalen Elemente besondere Vorkehrungen getroffen, um auch die hier zahlreich Arbeitswilligen an der Meldung zu verhindern. Für ausreichenden Schutz der Arbeitswilligen ist überall Sorge getragen.

Veränderungen in den Steuergeetzen. Berlin, 28. Jan. Im Steueraussschuß der Nationalversammlung wurde heute der § 19 des Entwurfes dahin abgeändert, daß der den Betrag von 2000 M. übersteigende Teil des steuerbaren Einkommens steuerpflichtig ist. Der steuerfreie Einkommensteil erhöht sich für jede um Haushalt des Steuerpflichtigen stehende Person, deren Einkommen 3 1/2 und 1/2 dem Einkommen den Steuerpflichtigen hinzugerechnet ist oder hinzugerechnet wäre, um 500 M.

Bergarbeiterstreik im sächsischen Erzgebirge. Radebeul, 28. Jan. Im Zugau-Deilschkei Steinlohlenrevier ist von der kommunistischen Bergarbeiterunion, deren Forderungen die Einführung der Sechsstundenarbeit, Abschaffung der Akkordarbeit, Beschaffung einer Reichshilfe von 1000 M. um durch den bergbaulichen Verein abgelehnt worden waren, heute früh der Streik erklärt worden. Auf einigen Schächten des Reviers wird noch gearbeitet, doch dürften Leisiger Abendblätter zufolge mindestens 75 % der Bergarbeiter ausständig sein. Es wird befürchtet, daß sich der Streik auf das ganze Revier und auf das Rudawer Revier ausdehnt. Das sächsische Arbeitsministerium lehnte die Forderung auf Anerkennung der Bergarbeiterunion und Einführung der Sechsstundenarbeit unter allen Umständen ab und ist seit ent-schieden, auf keinen Fall nachzugeben. Zur Verhütung der Notstandsarbeiten ist die technische Nothilfe ausgedient worden.

Belgische Soldatendemonstrationen. Namur, 28. Jan. In der Garnison von Namur herrscht starke Erregung. Ungefähr 800 Soldaten aller Waffengattungen manifestierten in den Straßen der Stadt und forderten Einheitspflicht in der Dauer des Militärdienstes. Die Beligen besaßigten sich, 15 Monate dienen zu müssen, während die Verheirateten nur 4 Monate Dienst zu leisten haben. Die Manifestanten wurden durch starke Patrouillen zerstreut. Die Geschäfte wurden überall eilig geschlossen. In der ganzen Stadt herrscht eine große Erregung.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Politische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Neulleiten Hermann Winter; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger. Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend 7 Uhr Ausschuss-sitzung im Lokal.

1496
Karlsruhe. (Eimerbund Vorwärts.) Die nächste Singstunde findet Samstag, 31. Jan., statt. Betreffs Volkstheaterabend: Programme für Nichtmitglieder zum Vorverkauf können bei Herr Friedr. Möhrlein, Werberplatz 31, 3. St. abgeholt werden. 1508

Leisnerverein. (Sozialdemokr. Verein.) Samstag, 31. Jan., abends 8 1/2 Uhr, in der Wirtschaft „zur Blume“ Vereins-versammlung. Wichtige Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Erscheinen notwendig. 1502

Wasserstand des Rheins. Schifferinsel 172, gef. 3; Rehl 272, gef. 6; Ragau 477, gef. 7; Mannheim 428, gef. 10 Zentimeter.

Nächste Bad.-Balnear Geld-Loiterie
Kartennr. 110
Ziehung 12. Febr. 1920
2165 Bargewinne ohne Abzug Mk. zus.
23000
10 000
Mk. Haupttreffer.
Lose 1 Mk. 200
Porto u. Liste 50 Pf.
empfehlen u. versenden
J. Stürmer
Lotterieu-Unternehmer
Mannheim O. 7, 11
früher Strassburg, Elsa.
Fr. Pecher, K. Goetz

Wer kauft?
2 Zimmerwohnung mit Zubehör gegen 1 Zimmerwohnung mit Zubehör. Stadtbezirk bevorzugt. Zu erfragen unter Nr. 1479 im Volksfreundbüro.

Hier die Reinigung eines größeren Büros
sollt.

Zu erfragen unter Nr. 1479 im Volksfreundbüro.

Mein garantiert zuverlässiger 1181

Cierprüfer und Geschlechts-Testkeller
für die kommende Bräutigamzeit ist jeder Brautvater u. Kleinverlobter unentbehrlich. Man ist in der Lage festzustellen, ob das Ei bräutigamlich ist und ob der Keim ein männlich oder weiblich ist. Auch bei lebenden Tieren jeder Art genaue Geschlechts-Feststellung. Preis des Apparates mit genauer Gebrauchsanweisung nur 5 Mark.

St. Boos, Brauhaus, Maxalt
Dresdenerstraße 2. Telefon 211.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
Verwaltungsstelle Karlsruhe.
Freitag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Friedrichshof“
öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Bericht über die Verhandlungen mit den Brauereien bezüglich der Steuerungsanlagen.
Bollständigen Besuch erwartet 1505
Die Ortsverwaltung.

Der Tierhufverein spricht folgenden Spenden und erhöhten Beiträgen im Jahre 1919 den herzlichsten Dank aus. 80 Mk.: Geh. Reg.-Rat Jansen (Mannheim) und Ferdinand Thiergarten. 20 Mk.: Frau Anna Scherer. 20 Mk.: Frau von Götter, Frau Will. Meyer, Frau Dr. Schent Wirtz, Frau von Schwab, Otto Siegel, Herrlein Maria Stach und Frau Kommerzienrat H. 16 Mk.: Frau von Berenhorst (Mannh.). 12 Mk.: Frau Anna Georgine Müller. 10 Mark: Frau Max von Baden, Otto Bahl, Direktor Wilhelm Brise, Frau Theresie Henning, Kommerzienrat Dr. Lorenz, Hofrat Ordensheim, Frau Friedrich Prinz Alwin, Frau Rühild (Romeo), Böttelmeister Karl Huf, Frau Dr. Ferd. Huf, Fabrikant, Karl Wolf jun., Direktor Ernst Böhm, Frau Johanna Nag und Frau Gabriele Weber in Gernsbach, Frau W. de Willaschütz in Ronco, Frau Margarete Schreiber in Durach und Gemeinde Weichheim. 6 Mk. und darüber: Frau Maria Hartmann, Ober-Sing. Frau Hindenberg, Frau Maria Schmalz (Guch) und Friedrich Boretz. 5 Mk. hielten 77 Mitglieder. — In den nächsten Tagen wird mit der Verbindung der Tierhuf-Kalender für 1920 begonnen. Wir bitten die Mitglieder freundlich, den Jahresbeitrag von 2 Mark durch die denselben beiliegenden Postcheckabfertigung einzulösen und nach Möglichkeit erhöhen zu wollen. — Für die Anmeldung neuer Mitglieder wären wir im Interesse des Tierhufes, welcher heute in jeder Hinsicht nötiger und wichtiger ist, als je, sehr dankbar.

Geschäftszimmer: Gartenstraße 23, 3. Stock; Sprechstunden: täglich 12 bis halb 1 Uhr.
Der Vorsitzende: Friedrich Boretz.

St. Boos, Brauhaus, Maxalt
Dresdenerstraße 2. Telefon 211.

Städt. Handelsschule
Abteilung: Nachkurse
Wir eröffnen am 2. Februar neue Nachkurse für Maschinenzeichnen, Stenographie (Ehrensche Schenck und Gebelshagen), Buchführung, Handelsbuchführung, Rechnen usw. 270
Anmeldungen werden täglich in der Zeit von 8-11 Uhr, außerdem am Freitag, den 30. Januar in der Zeit von 5-7 Uhr in der Kanzlei, Bittel 22, entgegen-genommen.
Das Rektorat.
Die
Bolksbildungs-Unterrichtskurse
der Marktschule sind am Donnerstag, den 29. Januar 1920 wieder aufgenommen worden.
Das Volkshochschulrektorat.

Weißer Käse.
Verkauf von weißem Käse Freitag, den 30. Januar bis Montag, den 2. Februar 1920, in den Feitverlaufsstellen Nr. 176 bis einschließlich Nr. 180 an die dort eingetragene Kundschaft gegen die Warenmarke J Nr. 180. 279
Kaufmenge 1/4 Pfund. Preis Mk. 2.- für das Pfund.
Karlsruhe, den 28. Januar 1920.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Aufforderung.
Etwalge Gläubiger der gemeinnützigen Vangensenschaft m. b. G. haben sofort ihre Forderungen bei den Unterzeichneten einzureichen.
Plankenloch, den 28. Januar 1920. 1495
Gemeinnützige Vangensenschaft m. b. G. in Liquidation.
Die Liquidatoren:
Geht. Amolsch, Lehmann I.

Alle Sorten Flaschen 1120
Papierabfälle
Metalle
Gelle
Wuppen
Frauenhaare
Haarhaare
kauft zu höchsten Preisen
Karlsruher
Kopfproduktienhaus
Schützenstr. 86.

Stenotypistinnen
werden dauernd 168
gesucht.
Städt. Arbeitsamt
Zähringerstr. 100 (weibl. Abtlg.)

Dffenburger Anzeigen.
Erhöhung der Eispreise betr.
Mit Rücksicht auf die Steigerung der Herstellungs-kosten sind wir veranlaßt, mit sofortiger Wirkung folgende erhöhte Eispreise zu berechnen:
a) für Rechner 1 M 60 3 pro Ztr. ab Schlachthof,
b) sonstige Abkommen:
bei einer Abnahme bis zu 500 Ztr. 2 M pro Ztr. ab Schlachthof,
bei einer Abnahme bis 500 Ztr. 2 M 40 3 pro Ztr. vor's Hausgeführt,
bei einer Abnahme von mehr als 500 Ztr. 1 M 80 3 pro Ztr. ab Schlachthof,
bei einer Abnahme von mehr als 500 Ztr. 2 M 20 3 pro Ztr. vor's Haus geführt,
Bezugscheinpreise 20 Karten für je 12 1/2 Pf. ins Haus geliefert 15 M.
für Einzelarten:
1 M für eine ganze Stange, ab Schlachthof,
50 3 für eine halbe Stange, ab Schlachthof,
80 3 für eine Viertelstange, ab Schlachthof.
Dffenburg, den 29. Januar 1920. 280
Der Stadtrat.

Einladung.
Die vereinsfähigen Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu der am
Dienstag, den 3. Februar ds. Js., nachm. 5 Uhr
im „Bürgercafé“ stattfindenden Sitzung hiermit ergeben eingeladen.
Tagesordnung:
1. Gewährung von Feuerungsanlagen an die städtischen Beamten und Arbeiter;
2. Herleitung eines Anschlusses der Maschinenfabrik Martin an das städt. Elektrizitätsnetz.
Dffenburg, den 28. Januar 1920. 281
Der Oberbürgermeister.

Fettversorgung.
Ab Freitag, den 30. ds. Mts. wird verkauft:
Margarine (1 Pfund Mk. 6.25) Kaufmenge 100 Gramm gegen die Feitmarke C 10 in sämtlichen Feitverlaufsstellen.
Anmerkung für die Handlungen: Margarine wird Donnerstag nachmittags 2-4 Uhr in der Städt. Milchgen-trale abgegeben.
Städt. Lebensmittelamt.

